

# Zugewanderte Akademiker in der Hochschullandschaft – aktuelle Handlungsbedarfe

Fachkräfte werden in Deutschland dringend benötigt. Die Integration von Flüchtlingen mit Universitätsabschluss oder derer, die das Studium in ihrem Heimatland abbrechen mussten, bedarf besonderer Konzepte.

Von Jost de Jager und  
Heinrich Rentmeister

Mit den Flüchtlingen, die Deutschland seit etwa einem Jahr in großer Zahl erreichen, haben sich von Beginn an Hoffnungen auf Lösungen für den Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft verbunden. Zahlreiche Initiativen, unter anderem von Kammern, Verbänden und vielen Unternehmen, sind entstanden, die eine berufliche Vorbereitung und Einarbeitung der Flüchtlinge unterstützen. Eine Gruppe ist dabei jedoch aus dem Blickfeld geraten, die ein besonderes Potential für eine erfolgreiche Integration mitbringen: Flüchtlinge mit einem Universitätsabschluss.

Akademikerinnen und Akademiker stellen nur eine kleine Minderheit unter den Flüchtlingen dar. Über diese rund 80.000 Universitätsabsolventen hinaus, gibt es eine derzeit nicht exakt zu quantifizierende, aber ebenfalls eher kleine Gruppe von Studierenden, die das Studium in ihren Heimatländern abbrechen mussten.

Um das Entstehen einer „verlorenen Generation“ zu vermeiden, besteht Handlungsbedarf an der Schnittstelle von Bund, Ländern, Hochschulen und Arbeitsverwaltung.

Damit Integration in einem ersten Schritt gelingen kann, bedarf es – neben einer fachlich fundierten Beratung – des Erwerbs der erforderlichen Sprachkenntnisse (Stufe B1 und höher), einer schnellen Anerkennung bestehender Studienzeiten oder -abschlüsse sowie eines Konzepts für eine effiziente Nachqualifizierung. Darin besteht nicht nur eine quantitative Aufgabe, wenn in kurzer Zeit eine Größenordnung von rund zehn Prozent der Studienanfänger in 2015 zusätzlich anerkannt werden sollen. Besondere Schwierigkeiten liegen zudem in der oft gegebenen Andersartigkeit des Studiensystems, in der Sprache und den kulturellen Unterschieden.

Ein erster Rahmen zur Bewältigung dieser Herausforderung ist bereits erkennbar. Für die Feststellung und Anerkennung ausländischer Qualifi-

kationen sind durch das Inkrafttreten des Berufsqualifizierungsfeststellungsgesetzes (BQFG) und durch entsprechende Ländergesetze sowie die personelle Aufstockung der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen der Kultusministerkonferenz wichtige Schritte getan worden. Seitens der Hochschulen und Ministerien steht derzeit die Integration derjenigen Flüchtlinge im Vordergrund, die in Deutschland ein Studium beginnen oder fortsetzen wollen.

Es stellt sich gleichwohl die Frage, ob dies hinsichtlich des Zieles einer schnellen und effizienten Integration ausreicht. Wie können die Aufgaben am effektivsten organisiert werden? Was sollte zentral, was dezentral erfolgen? Welche möglicherweise zusätzlichen Finanzmittel sind erforderlich und sind die bisherigen Finanzierungswege hierfür geeignet? Die Schnittstellen zwischen den Beteiligten – das sind die Bundesländer, die Kultusministerkonferenz, Universitäten und Fachhochschulen auf der einen und der Bund und die

Bundesagentur für Arbeit (BA) auf der anderen Seite – müssen effektiver ausgestaltet werden. Darin liegt eine neue praktische Herausforderung für den Föderalismus in Deutschland. Hinzu kommt, dass eine nahtlose Anschlussfähigkeit an die Bundesagentur und ihren Vermittlungsauftrag gewährleistet sein muss. Die Regelungskreise der Bildungspolitik treffen hier auf das bundesweite System der beruflichen Qualifizierung.

Drei wesentliche Aufgaben verdeutlichen dies:

## Finanzierung

Dieser aus Sicht der Hochschulen zusätzliche Qualifizierungsbedarf von Migranten entsteht zu einer Zeit, in der es aus einer Kombination von demografischen und schulgesetzlichen Entwicklungen zu einem bislang einmaligen Andrang von Studierenden an die Hochschulen gekommen ist, dem Bund und Länder bereits mit einer Sonderfinanzierung begegnen



Studentinnen an der Universität Bochum

Foto: picture alliance/JOKER



Foto: picture alliance / ROPi

(Hochschulpakt). Noch nie gab es so viele Studierende wie heute. Erste Rückmeldungen von Hochschulen lassen erwarten, dass sie bei einer signifikant steigenden Zahl von ausländischen Studierenden von einer vorauslaufenden Erhöhung ihrer Budgets ausgehen. Zu klären ist daher, wie hoch der zusätzliche Finanzierungsbedarf tatsächlich ist und ob die heute bestehenden Instrumente (Mittel für den Hochschulpakt) genutzt werden können, beziehungsweise inwieweit die Länder eigene Lösungen zur Finanzierung dieser Aufgabe finden.

## Organisation

Die tatsächliche Verteilung von Flüchtlingen mit akademischem Nachqualifizierungsbedarf, innerhalb Deutschlands und auf die einzelnen Hochschulen, ist schwer vorhersehbar und de facto nicht zu regulieren. Erste Auswertungen zeigen, dass anerkannte Asylsuchende im Wesentlichen in die Ballungszentren und großen Städte wandern und dadurch das demografische Gefälle innerhalb Deutschlands verstärken. Es wird voraussichtlich zu einer ungleichen Verteilung kommen. Daher sollte auch im Sinne einer effizienten Mittelverwendung geklärt werden, inwieweit Anerkennungsverfahren dezentral erfolgen sollen und können und wenn ja, welche Vorgaben und Hilfsmittel

hierfür gegebenenfalls entwickelt werden sollten. Eine „Integrationslandkarte“ über laufende Aktivitäten könnte hier Transparenz schaffen.

## Praktische Vermittlung

Im Hinblick auf eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt ist eine möglichst einfache und reibungslose Information über die Nachqualifizierungsbedarfe auf der einen und die Angebote der Hochschulen auf der anderen Seite zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, ob vorhandene Clearingstellen verwendet werden sollen oder, ob es neuer Informationsportale bedarf. Ebenso ist zu prüfen, inwieweit Nachqualifizierungsangebote erst noch zu entwickeln sind und, ob bestehende Best-Practice-Angebote genutzt werden können. Schon bei der Beratung durch die Hochschulen für eine geeignete Nachqualifizierung sind die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen, die für eine erfolgreiche berufliche Integration von Migranten entscheidend sein dürften. Aus diesem Grund ist eine frühzeitige Beteiligung der BA an den Verfahren der Hochschulen wünschenswert.

Gerade angesichts der differenzierten Zuständigkeiten bei den hier zu klärenden Fragestellungen ist ein schlüssiges Gesamtkonzept zwingend erforder-

lich, um als Lösungs-, Fakten- und Ideenspeicher die Grundlage für eine kurzfristig, aber auch nachhaltig erfolgreiche Integration zu schaffen. Ein Investment in eine schnelle Integration von Studierenden und Hochschulabsolventen zahlt sich vielfach aus: Für die Menschen, die zu uns gekommen sind und ihre Familien, aber auch für die deutsche Bildungs- und Forschungslandschaft und nicht zuletzt auch für die Wirtschaft, die auf dieses qualifizierte Potential junger Menschen nicht verzichten kann.



## Weitere Informationen

Jost de Jager  
Geschäftsführer  
DSKB Deutsche Strategie- und Kommunikationsberatung  
T 0431 5468 250  
jost.dejager@dskb-beratung.de

Heinrich Rentmeister  
Partner and Managing Director  
THE BOSTON CONSULTING GROUP  
T 030 2887 1188

## Impressum

**Erscheinungstermin:**  
Mai 2016

**Herausgeber:**  
DSK | BIG Gruppe  
www.dsk-big-gruppe.de

**Redaktion:**  
DSK WissensCenter  
**Verantwortlich:**  
Dr. Paul Kowitz

**Layout und Satz:**  
Claudia Steiner, DSK

**Druck:**  
Grafik & Druck, Kiel

Die *Depescheaktuell* ist auf zertifiziertem Papier aus nachhaltigem Anbau gedruckt.

Für die Richtigkeit der Angaben kann keine Haftung übernommen werden. Änderungen vorbehalten.

Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Die *Depescheaktuell* einschließlich aller ihrer Texte ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Redaktion unzulässig und strafbar. Dies gilt besonders für den Nachdruck, Vervielfältigungen – auch auszugsweise –, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Für unaufgefordert eingesandtes Redaktionmaterial übernimmt die Redaktion keine Haftung.

**Hinweis zu Gender Formulierung:**  
Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form steht.

## Möchten Sie die *Depescheaktuell* auch künftig erhalten?

Die *Depescheaktuell* können Sie kostenlos postalisch oder per E-Mail beziehen. Bitte senden Sie uns eine Nachricht an [dsk-big@dsk-big-gruppe.de](mailto:dsk-big@dsk-big-gruppe.de) und teilen Sie uns Ihre gewünschte Form der Zusendung mit.

Wenn Sie die *Depescheaktuell* nicht mehr erhalten möchten, wenden Sie sich bitte an [dsk-big@dsk-big-gruppe.de](mailto:dsk-big@dsk-big-gruppe.de) oder per Telefon an 0611 3411 3161.

**Kontakt:**  
Unternehmenskommunikation der DSK | BIG Gruppe  
Axel-Springer-Straße 54 B  
10117 Berlin  
Telefon 030 3116974 55  
[dsk-big@dsk-big-gruppe.de](mailto:dsk-big@dsk-big-gruppe.de)